



**Niederschrift
zur 5. Sitzung
des Sozialausschusses
am 10.11.2015
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- | | |
|-----|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 16.06.2015 |
| 3 | 07 - 16 0481/2015 Beratung über die Vergabe der städtischen Zuschüsse an die Träger der Wohlfahrtsverbände |
| 4 | 07 - 16 0482/2015 Aktueller Sachstand Asylbewerber |
| 5 | 07 - 16 0484/2015 Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerber;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.09.2015 |
| 6 | Mitteilungen und Anfragen |
| 6.1 | Runder Tisch;
hier: Mitteilung von Bürgermeister Hinze |
| 6.2 | Kindergartenplatz;
hier: Anfrage von Mitglied Luitwieler |
| 7 | Einwohnerfragestunde |

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Elke Trüpschuch

Die Mitglieder

Herr Erik Arntzen

Herr Gerd-Wilhelm Bartels

Frau Sandra Bongers

Herr Jürgen Brockmann

Herr Christoph Byloos

Herr Frank Jöris

Frau Irmgard Kulka

Frau Marianne Lorenz

Herr Thomas Meschkepowitz

Herr Manfred Mölder

für Mitglied Hübers

für Mitglied Booms

für Mitglied Gertsen

für Mitglied Melzer

Frau Sultan Seyrek
 Frau Johanna Sommers-Luitwieler
 Herr Werner Stevens
 Herr Fabian Wehren
 Frau Sigrid Weicht

für Mitglied Gerards

Von der Verwaltung

Herr Peter Hinze
 Herr Arnfried Barfuß
 Herr Hans Sterbenk
 Frau Gisela Kohnen

Bürgermeister

Schriftführerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet die Vorsitzende alle Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben und verpflichtet den sachkundigen Bürger Frank Jöris.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die Damen und Herren der Verwaltung und der Presse. Die Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen ist.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 16.06.2015

Die gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift wird genehmigt. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3. Beratung über die Vergabe der städtischen Zuschüsse an die Träger der Wohlfahrtsverbände Vorlage: 07 - 16 0481/2015

Herr Sterbenk führt aus, dass 10.230 € als allgemeine Zuschüsse vergeben werden sowie 6.140 € an die Altentagesstätten und 400 € an die Hilfsdienste. Herr Bartels möchte wissen, nach welchem Prinzip die Zuschüsse vergeben werden. Herr Sterbenk teilt mit, dass die Verbände angeschrieben wurden und eine sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung eingereicht haben. Verbände, die defizitär arbeiten, erhalten Zuschüsse.

Mitglied Arntzen beantragt, nach Beschlussvorschlag abzustimmen

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt, die Zuschüsse für das Jahr 2015 zu den Betriebskosten der einzelnen Einrichtungen bei dem Sachkonto 53180000 des Budgets 1.100.05.06.01 entsprechend der Anlage zu dieser Vorlage zu vergeben.

Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

4. **Aktueller Sachstand Asylbewerber** **Vorlage: 07 - 16 0482/2015**

Herr Sterbenk führt aus, dass sich die Zahlen bei den Asylbewerbern tagtäglich ändern. Zurzeit seien 382 Asylbewerber der Stadt Emmerich am Rhein zugewiesen. In der Notunterkunft in der Hansahalle halten sich momentan 80 Menschen auf. 72 seien einem Tag zuvor zur Weiterverteilung nach Münster gebracht worden. Am kommenden Tag, spätestens jedoch übermorgen, sei mit weiteren Zuweisungen für die Hansahalle zu rechnen.

Die Frage von Mitglied Luitwieler, ob die Flüchtlinge in Emmerich auch registriert werden, wird von Herrn Sterbenk verneint. Die Registrierung finde seit 14 Tagen in Münster statt. Bürgermeister Hinze weist darauf hin, dass in der Notunterkunft lediglich die Erfassung der Menschen hinsichtlich Name, Geburtsdatum und Nationalität erfolge sowie die erforderliche ärztliche Untersuchung durchgeführt werde.

Mitglied Seyrek möchte wissen, ob der Verwaltung eine Übersicht vorliege hinsichtlich Alter und Beruf der Asylbewerber. Dies wird von Herrn Sterbenk bezüglich der der Stadt zugewiesenen Asylbewerber bejaht. Die Daten, die über Religionszugehörigkeit, Berufsausbildung, Sprache und Geschlecht Auskunft geben, würden allerdings angesichts des enormen Arbeitsanfalls in den vergangenen Wochen zurzeit nachbearbeitet. Mitglied Kulka bittet darum, diese Aufstellung dem Protokoll beizufügen.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Liste wird derzeit überarbeitet und zur nächsten Sitzung verteilt.)

Mitglied Kulka fragt an, ob viele Asylbewerber aus der Notunterkunft über keinerlei Ausweispapiere verfügen. Mitglied Seyrek teilt mit, dass viele sich die Papiere aus der Heimat nachschicken lassen, wenn sie eine Adresse haben.

Mitglied Meschkapowitz regt an, für die Notunterkunft ein Merkblatt zu erstellen, das die Flüchtlinge über ihre Rechte und Pflichten informiert. Bürgermeister Hinze teilt mit, dass vor Ort eine umfangreiche Aufklärungsarbeit geleistet werde. Herr Sterbenk führt aus, dass solche Merkblätter in allen Sprachen herausgegeben werden.

Mitglied Arntzen betont, dass die haupt- und ehrenamtlichen Kräfte ihr Bestes geben und gibt zu bedenken, dass nicht alle Defizite vor Ort gelöst werden könnten.

Mitglied Weicht spricht die Problematik der fehlenden ärztlichen Untersuchung an, wenn Flüchtlinge sich unerlaubt aus Emmerich am Rhein entfernen. Herr Sterbenk teilt mit, dass sie Untersuchungen zeitnah durchgeführt werden. Bürgermeister Hinze will das Problem der „tickenden Zeitbombe“ nicht kleinreden. Er weist darauf hin, dass nicht bekannt sei, ob sich die Menschen überhaupt noch in Deutschland aufhalten.

Spätestens dann aber, wenn sie sich an einer staatlichen oder kommunalen Stelle melden, weil sie Hilfen benötigen, würde geprüft, ob sie bereits erfasst und auch ärztlich untersucht wurden.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerber; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.09.2015
Vorlage: 07 - 16 0484/2015

Mitglied Brockmann führt aus, dass seine Fraktion vom Grundsatz her immer noch die Auffassung vertrete, dass Flüchtlingen mit einer Gesundheitskarte ein einfacherer und schnellerer Weg zur ärztlichen Versorgung erhalten können. Man teile aber inzwischen die Auffassung der Verwaltung, dass man bei der derzeitigen Fassung des Rahmenvertrages zusätzliche Kosten verursache, die man nicht gutheiße. Man hoffe auf eine Änderung des Rahmenvertrages gemäß § 15 „Evaluation und Qualitätssicherung“, Nummer 2. Er zitiert: „Nach Abrechnung der ersten beiden Quartale wird die Angemessenheit der Verwaltungskosten überprüft. Auf der Basis dieses Evaluationsergebnisses wird eine Anpassung der Rahmenvereinbarung erfolgen, falls und soweit sich die Höhe der Verwaltungskosten als nicht sachgerecht darstellen sollte.“

Mitglied Brockmann beantragt, die Entscheidung über den Antrag zu vertagen, bis diese Überprüfung stattgefunden hat und gegebenenfalls eine Anpassung der Rahmenvereinbarung erfolgt ist. Die Verwaltung soll dann den Antrag im Hinblick auf die Geänderte Rahmenvereinbarung beurteilen. Außerdem soll die Verwaltung nach einem Halben Jahr Kontakt zu den acht Kommunen aufnehmen, die die Gesundheitskarte zum 01.01.2016 einführen werden, um deren Erfahrungswerte abzufragen.

Mitglied Arntzen führt aus, dass ein solches Verfahren grundsätzlich zu begrüßen wäre. Man müsse sich mit dieser Rahmenvereinbarung insgesamt auseinandersetzen, es gehe nicht nur um Verwaltungskosten. Er führt weiter aus, dass für den Fall, dass in diesem Bereich noch eine Nachjustierung erfolge, alle weiteren Kosten übrig blieben, da man mit der Karte nicht alle Leistungen in Anspruch nehmen könne. Somit würde ein weiteres System neben dem bestehenden System aufgebaut. Er schlägt vor, über den vorliegenden Antrag gemäß Beschlussvorschlag abzustimmen..

Mitglied Seyrek führt aus, dass ihre Fraktion den Antrag nur ungerne ablehnen würde und möchte die Entscheidung über den Antrag bis vor der Sommerpause vertagen. Die Verwaltung soll dann die bisherigen Kosten ermitteln und einen Sachstandsbericht erstellen. Dann könne immer noch über den Antrag entschieden werden.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er bei diversen Gesprächen in der vergangenen Woche mit Bürgermeistern aus den Kreisen Kleve und Wesel erfahren habe, dass manche Kommunen die Karte ablehnen und andere abwarten wollen, wie die weiteren Entscheidungen sind. Die September-Zahlen in der Verwaltungsvorlage seien Zahlen, die mit den heutigen Zahlen überhaupt nicht mehr in Einklang stehen. In einem halben Jahr müsse man sehen, wie die Zahlen dann aussehen. Bei einer Verwaltungspauschale von 8 % sei die Frage: Wo wandert das hin?

Die Vorsitzende stellt fest, dass zwei Anträge vorliegen. Mitglied Arntzen beantragt, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden und Mitglied Brockmann und Mitglied Seyrek beantragen, in einem halben Jahr erneut über den Antrag zu beraten mit Blick auf geänderte Bedingungen und neue Zahlen. Sie lässt zunächst über den Antrag von Mitglied Arntzen, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt, den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

Stimmen dafür 8 Stimmen dagegen 8

Da bei Stimmengleichheit der Verwaltungsvorschlag Vorrang hat, entfällt eine weitere Abstimmung.

6. Mitteilungen und Anfragen

6.1. Runder Tisch; hier: Mitteilung von Bürgermeister Hinze

Bürgermeister Hinze informiert, dass man derzeit seitens der Verwaltung versuche, den drei Runden Tischen (Politik, Kirche und Ehrenamtler) eine gemeinsame Struktur zu geben, damit Doppeltätigkeiten und –einsätze vermieden werden können.

6.2. Kindergartenplatz; hier: Anfrage von Mitglied Luitwieler

Mitglied Luitwieler teilt mit, dass zwei Kinder in Elten keinen Kindergartenplatz haben.

Ferner fragt sie nach, ob anerkannte Asylbewerber ehrenamtlich in der Hansahalle mithelfen dürfen oder auch gemeinnützig arbeiten können. Die Leute würden sich langweilen.

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass man sich den Fall der beiden Kinder konkret angucken wolle. In dieser Woche finde noch eine Gesprächsrunde statt, in der es um Kindergartenplätze gehe. Zur anderen Frage der Tagesstruktur für Familie passiere bereits sehr viel. Viele seien auch in der Hansahalle im Einsatz, malen und spielen mit Kindern. Ferner laufen derzeit Gespräche mit Emmericher Unternehmen, wie man in Sachen Beschäftigung über Hospitanz und Praktikum etwas für die Asylbewerber tun kann.

7. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.35 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 13. November 2015

Elke Trüpschuch
Vorsitzende

Gisela Kohnen
Schriftführerin